

Quelle/Link: <http://www.ksta.de/html/artikel/1246883986880.shtml>

08. Oktober 2009

Landesentwicklungsplan Die Kraftwerke im Revier werden schleunigst eingetragen

Umweltschützer wollen nicht klagen

Von Norbert Kurth, 08.10.09, 18:24h

Der Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) in Düsseldorf wird nicht gegen den Weiterbau geplanter und den Betrieb bestehender Kraftwerke im Rheinischen Braunkohlenrevier klagen.



Der Standort des Kraftwerks Niederaußem ist im Landesentwicklungsplan nicht verzeichnet. Um Klagen zu verhindern, soll das jetzt nachgeholt werden.

Rhein-Erft-Kreis - „Der BUND hat keine Möglichkeit eine gerichtliche Überprüfung von Kraftwerken einzuleiten“, heißt in einer Mitteilung des Landesverbands. Mit dieser Feststellung wiesen die Umweltschützer gestern Spekulationen zurück, wonach sie auf der Grundlage eines Urteils des Oberverwaltungsgerichts Münster womöglich Klagen gegen Weiterbau und Betrieb der Braunkohlenkraftwerke in Neurath und Niederaußem vorbereiteten.

Gerichtlicher Baustopp

Konkret befürchtete das Düsseldorfer Wirtschaftsministerium nach dem Baustopp für das Eon-Steinkohlekraftwerk in Datteln durch das Oberverwaltungsgerichts in Münster weitere Klagen. Denn ein Grund für den gerichtlichen Baustopp ist der Umstand, dass die Baustelle im Landesentwicklungsplan (LEP) nicht als Kraftwerksstandort ausgewiesen ist.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben hatte deshalb am vergangenen Mittwoch darauf hingewiesen, dass von den elf Kraftwerken, die seit 1995 genehmigt worden sind, keines auf einem im LEP ausgewiesenen Standort stehe. Auch das im Bau befindliche Kraftwerk Neurath werde auf einem Standort errichtet, „der nicht im LEP verzeichnet ist“.

Um Klagen vorzubeugen, will das Ministerium Bau und Betrieb dieser Kraftwerke 100-prozentig absichern und in den nächsten Monaten alle Standorte im LEP verzeichnen. „In vier bis fünf Monaten haben wir dann völlig Rechtssicherheit“, sagt Ministeriumssprecher Joachim Neuser. Der BUND sprach von Panikmache, damit die Landesregierung nun eine Art „Notstandsgesetz“ zum Landesentwicklungsplan durchbringen könne.

Ob Panikmache oder ernsthafte Befürchtung: Bei RWE Power hat das Szenario keine Unruhe ausgelöst. „Wir sehen für die Kraftwerksprojekte Hamm und Neurath keinerlei Probleme. Alle Genehmigungen sind bestandskräftig. Möglichen Fehlern kann mit einer Klage nicht mehr begegnet werden“, sagte RWE-Power-Pressesprecher Manfred Lang.



Quelle/Link: <http://www.ksta.de/html/artikel/1246883985200.shtml>

07. Oktober 2009

Form-Panne

Zehn Kraftwerken drohen Sanktionen

Von Heinz Tutt, 07.10.09, 17:01h

Die bürokratische Panne beim Kohlekraftwerk Datteln könnte auch für weitere im Bau befindliche Kraftwerke Folgen haben. Allesamt sind nicht formal im Landesentwicklungs-Plan abgesichert. Der Umweltverband BUND hat bereits Klagen angekündigt.



Gefährdetes Milliardenprojekt: Das Kraftwerk Datteln. (Bild: ddp)

DÜSSELDORF - Der Baustopp des Kohlekraftwerks in Datteln durch das Oberverwaltungsgericht Münster könnte gravierende Folgen für bereits bestehende oder in Planung und Bau

befindliche Kraftwerke haben. Betroffen sind zehn weitere Kraftwerke in NRW, die, wie das Milliarden-Projekt in Datteln, ebenfalls nicht formal im Landesentwicklungs-Plan (LEP) abgesichert sind. Darauf hat Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde des Landtags hingewiesen.

Die Landesregierung arbeitet inzwischen fieberhaft daran, die rechtlichen Voraussetzungen nach dem LEP für alle Kraftwerke zu schaffen. Sie will somit weitere Klagen vermeiden. Während sich im Plenum Opposition und Regierungsparteien gegenseitig Versagen im Dattelner Fall vorwarfen, machte Thoben auf die Dimension aufmerksam. Folge man allein der Argumentation des Gerichts, könnten auch die in Betrieb befindlichen Kraftwerke in Niederaußem, Hamm-Uentrop, Hürth und Herdecke von Sanktionen bedroht sein. Denn keines dieser Werke ist durch den LEP abgesichert.

Rechtliche Mängel

Der Umweltverband BUND hatte bereits angekündigt, das OVG-Urteil als Hebel für weitere Klagen zu benutzen. Betroffen wären weiterhin die im Bau oder in der Planung befindlichen Kraftwerke Hamm-Uentrop, Walsum, Herne, Lünen, Krefeld und Neurath. Im Ministerium geht man davon aus, dass in drei bis vier Monaten die bisherigen rechtlichen Mängel geheilt sein könnten. Der neue LEP müsste sich bei Klagen gegebenenfalls einer erneuten gerichtlichen Prüfung stellen. Ein Einfalltor für Klagen mit dem Ziel von Stilllegungen wäre aber vorerst versperrt.

Für den Standort Datteln muss die Landesregierung noch weitere Bedingungen erfüllen, weil hier zusätzliche rechtliche Grundlagen etwa für Immissionsschutz und Bodenuntersuchung geschaffen werden müssen. Im Ministerium ist man aber zuversichtlich, dass auch Datteln ans Netz gehen könne.

An der Kraftwerksbaustelle stehen die Arbeiten zum Teil still. Das Oberverwaltungsgericht Münster hatte den Bebauungsplan der Stadt Datteln für das Milliardenprojekt des Energiekonzerns Eon für nichtig erklärt. Nach Ansicht der Richter wird das Kraftwerk an einer Stelle errichtet, an der in der Landesplanung kein Neubau vorgesehen sei. Die Stadt Datteln und Eon versuchen, das Gerichtsurteil vor dem Bundesverwaltungsgericht zu kippen.

07. Oktober 2009

Quelle/Link:

<http://www.derwesten.de/nachrichten/wirtschaft-und-finanzen/2009/10/7/news-136078111/detail.html>

Nach dem Datteln-Urteil

Thoben hält 18 Kraftwerks- Standorte für anfechtbar

WE Wirtschaft u. Finanzen, 07.10.2009, Theo Schumacher

DÜSSELDORF - Nach dem teilweisen Baustopp für das neue Kohle-Großkraftwerk in Datteln geht die Diskussion um weitere Standorte in NRW weiter. Nach dem drohenden Aus für das Eon-Milliardenprojekt muss die Landesregierung fürchten, dass bis zu 18 weitere Kraftwerks-Standorte vor Gericht gekippt werden.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) erteilte dem Landtag am Mittwoch juristischen Nachhilfeunterricht. „Was nicht beklagt wurde, ist noch lange nicht rechtssicher“, befand sie in der hitzigen Debatte um die Zukunft des teilweise gestoppten Kohlekraftwerk-Neubaus in Datteln.

Anlass ihrer Erkenntnis: Nach dem drohenden Aus für das Milliardenprojekt des Energieversorgers Eon muss die Landesregierung fürchten, dass bis zu 18 weitere Kraftwerks-Standorte vor Gericht gekippt werden könnten. Sie macht sich deshalb in aller Eile daran, den Landesentwicklungsplan (LEP) neu zu regeln.

Laut Thoben sind elf der gefährdeten Projekte bereits am Netz, darunter das Braunkohle-Kraftwerk Niederaussem, aber auch Gaskraftwerke wie in Hürth oder Herdecke. Sieben weitere Projekte befinden sich im Bau, etwa das Steag-Kraftwerk Walsum, oder in der Planung wie der fünfte Block des Steag-Kraftwerks Herne. Legt man das Datteln-Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster zugrunde, räumte Thoben ein, „so besteht an diesen Standorten überall Klagerecht.“ Ihr Haus spricht von „rechtlichen Mängeln, die man heilen muss“.

Zwar stünden die seit 1995 in Betrieb genommenen Kraftwerke auf genehmigten Standorten, sie seien aber nicht durch den LEP abgesichert. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), der den Stopp des Projekts in Datteln erwirkt hatte, sieht darin einen Hebel, um auch andere Kraftwerke zu blockieren. Thoben, die den Entwurf für einen neuen LEP erarbeiten lässt, will nun die Regelungen für den Energiebereich vorziehen, um so weiteren Klagen einen Riegel vorzuschieben.

Ob der Schnellschuss erfolgreich sein wird, darüber sind die Meinungen geteilt. Kein Gericht würde über eine Klage gegen einen Kraftwerks-Standort entscheiden, solange das ministerielle LEP-Verfahren nicht abgeschlossen ist, gibt man sich in Düsseldorf überzeugt. Ganz anders sehen das die Naturschützer. Wenn etwa in Datteln die Gesetzeslage „nachträglich den Wünschen von Eon angepasst wird“, sagte Thomas Krämerkämper (BUND) dieser Zeitung, würde das gesamte Genehmigungsverfahren „ad absurdum geführt“.

Für den BUND steht fest, dass das Land „reihenweise Gesetzesverstöße“ begangen hat. Gegen einige der von Thoben genannten Projekte wie das Trianel-Kraftwerk in Lünen wird bereits geklagt. Dennoch sieht Krämerkämper vor weiteren Klagen hohe Hürden.

07. Oktober 2009

Quelle/Link: <http://wz-newsline.de/index.php?redid=647892>

Mängel im Planungsrecht: 18 NRW-Kraftwerke in Gefahr

von Frank Uferkamp

Das Urteil zum Kohlemeiler in Datteln hat weitreichende Folgen für andere Standorte, sagt das Land.

DÜSSELDORF - In Nordrhein-Westfalen sind nach Einschätzung der schwarz-gelben Landesregierung 18 Kraftwerksstandorte nicht rechtssicher. Ihnen droht womöglich eine zumindest vorübergehende Stilllegung beziehungsweise ein Bau- oder Planungsstopp, sollte es Eilklagen von Umweltschutzverbänden geben.

Elf Kraftwerke, die bereits Strom erzeugen, und weitere sieben, die entweder im Bau sind oder sich noch in der Planung befinden, sind demnach von Klagen bedroht. Diese Zahlen gab am Mittwoch NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) bekannt.



In Grevenbroich-Neurath entsteht eines der modernsten Kohlekraftwerke der Welt. Es soll im nächsten Jahr ans Netz gehen. (Foto: RWE)

Darunter sind das Kohlekraftwerk Niederaussem, das im Bau befindliche Kraftwerk Neurath und das geplante Kraftwerk in Krefeld. Die Investitionssumme aller Anlagen beläuft sich auf mindestens 25 Milliarden Euro.

Das Oberverwaltungsgericht in Münster hatte einen weitgehenden Baustopp für das Kohlekraftwerk in Datteln verhängt. Aus dem Urteil folgert das Land laut Thoben, dass Kraftwerke im Landesentwicklungsplan (LEP) verankert sein müssen. Diese Bedingung erfüllen nur wenige Kraftwerke, die seit 1995 gebaut oder geplant wurden.

SPD und Grüne sprachen von planungsrechtlicher Stümperei. „Frau Thoben ist in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass sich Datteln nicht wiederholt“, so SPD-Fraktionsvize Norbert Römer.

Die Wirtschaftsministerin räumte ein, das Land sei vom Urteil überrascht worden und habe eine andere Rechtsauffassung gehabt – wie die Vorgängerregierung auch. Tatsächlich aber gibt es nur beim Düsseldorfer Kohlekraftwerk Lausward die Absicherung im LEP. Doch dieses Projekt wird vor Ort politisch ausgebremst.

Das Land will nun das Planungsrecht nachbessern und rechnet mit mindestens vier Monaten Verfahrensdauer – falls es nicht zu Klagen kommt. Die sind aber vom Umweltverband BUND für die Kraftwerke in Lünen und Herne bereits eingereicht und für Krefeld angedroht.

Mit 1,4 Milliarden Euro handelt es sich in Datteln um eines der größten Investitionsprojekte der Republik. Es sollte 2011 ans Netz gehen und den Strombedarf des Nahverkehrs der Bahn zu 30 Prozent abdecken.

